

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Ein schöner Steilpass für die Trinkwasserinitiative

Die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative treiben die Landwirtschaft und das Parlament vor sich her. Der Ständerat hat sich nun auf einen faulen Kompromiss geeinigt. Eine Lenkungsabgabe täte not.

Nicole Rütli

10 Kommentare →

15.09.2020, 06.00 Uhr



Auch unser Trinkwasser ist verunreinigt. Im Bild das Trinkwasserreservoir der Gemeinde Fällanden.

Christian Beutler

Der ökologische Auftrag an die Bauern ist eigentlich klar: der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Förderung besonders naturnaher, umwelt- und tierfreundlicher Produktionsformen. Dafür erhalten sie Subventionen in Milliardenhöhe. Doch in kaum einem Bereich der Umweltgesetzgebung erreichen die Landwirte die vorgegebenen Ziele. Das hiesige Grundwasser weist zunehmende Verunreinigungen auf, wobei Rückstände von Pestiziden und Düngern aus der Landwirtschaft das Hauptproblem sind. Dass nun die Quittung in Form zweier Volksinitiativen – «Für sauberes Trinkwasser» sowie

«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» – vorliegt, erstaunt nicht – erst recht nicht, wenn man bedenkt, mit welchen Winkelzügen die Bauernlobby sich bisher gegen jegliche messbare Zielvorgabe gewehrt hat.

Die Agrarpolitik 22+ stehe für eine Landwirtschaft, die wertschöpfend und umweltfreundlich sei, sagte Bundesrat Guy Parmelin noch im Februar bei der Präsentation der Botschaft. Selbst Markus Ritter, der Präsident des Bauernverbandes, hatte die Agrarreform immer wieder als Alternative zu den beiden Initiativen gepriesen. Sie nehme das Unbehagen der Bevölkerung ernst, erklärte der geschickte Bauernlobbyist wiederholt. Offenbar zu ernst. Geht es nach dem Willen der Wirtschaftskommission des Ständerates und des Bauernverbands, wird die Agrarreform nun auf Jahre hinaus verzögert.

Ob der Bauernverband im Gegenzug beim Kuhhandel seinen Widerstand gegen das Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Mercosur aufgibt oder als Gegengeschäft an die Adresse der Bürgerlichen die Konzernverantwortungsinitiative ablehnen wird, wird sich zeigen. Offenbar hat die Wirtschaftskommission nun aber selbst kalte Füße bekommen: Sie hat wichtige Massnahmen der Agrarpolitik in eine Vorlage übernommen – konkret geht es vor allem um den Absenkpfad für Nährstoffverluste. Dadurch soll der Stickstoff- und Phosphorüberschuss bis 2025 beziehungsweise 2030 deutlich – nämlich um zunächst 10 und danach 20 Prozent – sinken. Eine solche Vorgabe liesse sich nur über einen merklichen Abbau der Tierbestände, vor allem der Rindviehbestände, erreichen. Sie sorgte denn auch im Ständerat bei der Bauernlobby für emotionale Voten.

Der parlamentarischen Initiative wurden auch sogleich die wichtigsten Zähne gezogen: Zum einen hat der Ständerat dank tatkräftiger Unterstützung der CVP die konkreten Zielvorgaben von 10 beziehungsweise 20 Prozent sowie die zeitliche Frist gestrichen. Zum anderen wurde auch der Vorschlag einer Lenkungsabgabe (falls die vorgegebenen Ziele verfehlt werden) versenkt. Die Chance, einen annehmbaren indirekten Gegenvorschlag zu den beiden Volksbegehren zu unterbreiten, wurde damit ein weiteres Mal verpasst. Seriöse Zielvorgaben, die die Umwelt – dank geringerer Tierhaltung und weniger Produktion – auch tatsächlich entlasten würden, enthält diese Initiative nicht mehr.

Dabei wäre eine Lenkungsabgabe die beste Lösung: Sie ist ein in der Praxis bewährtes, effizientes Instrument dafür, die Landwirtschaft nicht durch Verbote, sondern durch finanzielle Anreize zu einer nachhaltigeren Produktion zu bewegen. Entsprechende Abgaben gekoppelt mit anderen Massnahmen haben beispielsweise in Dänemark zu einer erheblichen Reduktion beim Pestizideinsatz geführt – bei gleichbleibender Produktivität.

Durch die Rückverteilung der Lenkungsabgabe an die Landwirtschaft würde sich das Einkommen nachhaltig wirtschaftender Betriebe erhöhen. Gleichzeitig würden umweltfreundliche Technologien und Produktionsverfahren beispielsweise zur Ausbringung von Hofdünger gefördert.

Doch ein weiteres Mal sieht die Bauernlobby mit Blick auf einen verbindlichen Absenkpfad den Grad der Selbstversorgung «unseres Landes» mit Lebensmitteln in Gefahr. Dem ist nicht so. Vielmehr würde damit eine Anpassung beschleunigt, die angesichts überhöhter Tierbestände und fallender Milchpreise unumgänglich ist. Gegen konsequente, verbindliche Massnahmen hat sich der Bauernverband bisher mit Händen und Füßen gewehrt. Doch es wäre nun an der Zeit für einen Richtungswechsel, damit der Schutz der Umwelt sowie der Wille der Bevölkerung in Zukunft tatsächlich ernst genommen würden.

10 Kommentare

A. G. vor etwa 16 Stunden

29 Empfehlungen

Im Parlament gibt es keine Mehrheit für einen Richtungswechsel. Umwelt- und Naturschutz haben seit Jahrzehnten keine Chance. Der einzige Weg führt über Initiativen.

A. V. B. vor etwa 15 Stunden

25 Empfehlungen

Wir zahlen mehrere Milliarden an Landwirtschafts-Subventionen jährlich und lassen uns gleichzeitig von den Subventionsempfängern vergiften. Dümmer geht's nimmer! Es braucht offenbar den Druck von Initiativen um endlich zu einem Umdenken zu kommen - für unsere Gesundheit und jene unserer Nachfahren. FDP-nahe und als Unternehmer werde ich für diese Initiativen stimmen.

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

Weniger Dünger, weniger Pestizide und strengere ökologische Anforderungen: Das Beispiel Dänemark zeigt, wie eine nachhaltigere Agrarpolitik funktionieren könnte – auch in der Schweiz

Es besteht Handlungsbedarf, das ist inzwischen sogar dem Bundesrat klar. Denn dass die Schweizer Landwirtschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine Pionierin ist, entpuppt sich immer mehr als Mythos.

Nicole Rütli 17.02.2020



KOMMENTAR

Die Bauernlobby widerspricht sich selbst – und bürgerliche Ständeräte widersprechen mit

Die Reform der Landwirtschaft müsse gross und international gedacht werden, sagen die Bauernlobby und bürgerliche Ständeräte. Vor zwei Jahren sagten sie noch das Gegenteil.

Angelika Hardegger 26.08.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.